

Antrag 52/I/2025**KDV Pankow****Der Landesparteitag möge beschließen:****Schaffung der technischen und rechtlichen Voraussetzungen für die rechtssichere Durchführung von digitalen Abstimmungen****1 zu den Parteiwahlen 2026 ff. durch die SPD Berlin**

2

3 Der Landesvorstand der SPD Berlin wird aufgefordert

- 4 • Eine rechtssichere, digitale Abstimmungsmöglich-
5 keit in Präsenz für Parteiwahlen z.B. per App zu or-
6 ganisieren
- 7 • Diese allen Gliederungen für die Parteiwahlen 2026
8 zugänglich und für diese nutzbar zu machen
- 9 • Die Kosten hierfür zu übernehmen
- 10 • Für Mitglieder, die kein eigenes Smartphone/Tablet
11 besitzen, wird eine Anzahl von einfachen Tablets für
12 Abstimmungen vom Landesvorstand leihweise vor-
13 gehalten
- 14 • Falls erforderlich die rechtlichen Voraussetzungen
15 hierfür zu organisieren
- 16 • Für Mitglieder ohne digitale Fähigkeiten organisato-
17 risch sicherzustellen, dass auch diese an den Partei-
18 wahlen teilnehmen können

19

20

21 Begründung

22 Ehrenamtliche Mitglieder verbringen derzeit viel Zeit da-
23 mit, auf das Auszählen von Wahlergebnissen per Papier zu
24 warten.

25 Abgesehen vom unnötigen Verlust kostbarer Lebenszeit
26 und einer ausufernden Zettelwirtschaft, spricht auch die
27 aus der Zeit gefallene Außenwirkung der bisherigen Pra-
28 xis, mit Stift und Papier abzustimmen, gegen eine Beibe-
29 haltung derselben.

30 Eine moderne Partei nutzt die Möglichkeiten, die die Di-
31 gitalisierung bietet, nimmt den Fortschritt an und geht
32 achtsam mit den zeitlichen Ressourcen ihrer Mitglieder
33 um.

34 Während der Covidzeit wurden bereits digitale Abstim-
35 mungen durchgeführt und es war ein erhebendes Gefühl
36 direkt nach Ende der Abstimmung ein klares Ergebnis vor-
37 liegen zu haben, ohne weitere Verzögerungen.

Empfehlung der Antragskommission**Vertagt auf LPT I-2026 (Konsens)****LPT I-2025: Überwiesen an Landesvorstand, Organisa-
tionspolitische Kommission, Statutenkommission****Stellungnahme Organisationspolitische Kommission:**

Wir begrüßen die inhaltlichen Forderungen des Antrags explizit und halten die Einführung einer rechtssicheren, digitalen Abstimmungsmöglichkeit in Präsenz für Parteiwahlen z.B. per App zu organisieren für notwendig. Hinsichtlich des Zeitpunkts der Inbetriebnahme zu den Parteiwahlen 2026 müssen wir allerdings darauf verweisen, dass unserer Einschätzung nach dies nicht realisierbar sein wird. Die Beschaffung einer Software für Abstimmungen sollte so kostengünstig wie möglich und in Abstimmung mit dem WBH erfolgen. Aktuell findet ein Dialog mit dem Parteivorstand statt, bei dem technische Möglichkeiten geprüft werden. Der Einsatz von Apps auf privaten Endgeräten bringt technische, sicherheitstechnische und statuarische Fragen mit sich. Hinzukommen kommen weitere finanzielle Aspekte mit Blick auf den entsprechenden IT-Support und auch die Anschaffung von Leih-Endgeräten. Als Organisationspolitische Kommission regen wir an, dass den Hauptamtlichen mehr Zeit gegeben wird, um die Voraussetzungen für digitale, rechtssichere Abstimmungen zu schaffen. Realistischerweise wird dies erst nach der AGH-Wahl 2026 möglich sein.